

Nürnberg.

SPD

DER SPRINGENDE PUNKT



MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG
AUSGABE 12/2024 – 01/2025

RÜCKBLICK 2024

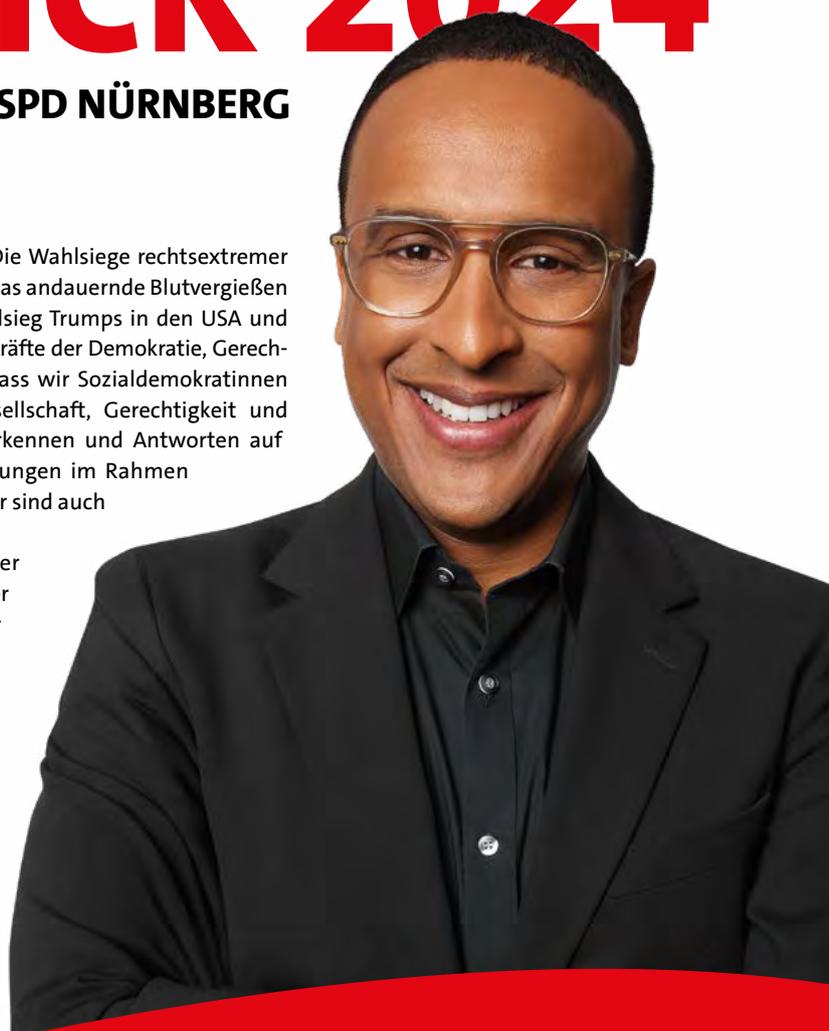
EIN JAHR DES AUFBRUCHS FÜR DIE SPD NÜRNBERG

Liebe Leserin, lieber Leser,

National und auch international war 2024 ein schwieriges Jahr. Die Wahlsiege rechtsextremer Parteien in Europa und auch in den ostdeutschen Bundesländern, das andauernde Blutvergießen im Nahen Osten und in der Ukraine sowie nicht zuletzt der Wahlsieg Trumps in den USA und das Ampel-Aus waren Tiefpunkte des vergangenen Jahres. Für die Kräfte der Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit war 2024 kein gutes Jahr. Umso wichtiger, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erhobenen Hauptes für die offene Gesellschaft, Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen. Dafür müssen wir die Zeichen der Zeit erkennen und Antworten auf der Höhe der Zeit geben. So haben wir trotz aller Herausforderungen im Rahmen unserer Möglichkeiten einen Aufbruch gewagt – und ich denke, wir sind auch gut vorangekommen.

„Aufbruch '24“, so haben wir den ersten Mitmachparteitag in der Geschichte der Nürnberger SPD genannt. Er fand am 20. April in der Meistersingerhalle statt und eingeladen waren erstmals nicht nur Delegierte und Parteimitglieder, sondern tatsächlich alle Nürnbergerinnen und Nürnberger. Und in der Tat sind viele dem Ruf der SPD gefolgt und machten aus dem Tag einen wahrlichen Aufbruch für uns. Überhaupt scheint mir, dass wir mit dem Titel unbewusst sehr vorausschauend waren, denn 2024 war für die Nürnberger SPD allgemein und für mich ganz speziell ein Jahr des Aufbruchs.

Unser Mitmachparteitag war ein voller Erfolg: Über 200 Bürgerinnen und Bürger, davon viele ohne Partei-Mitgliedschaft kamen zusammen und haben über wichtige Zukunftsfragen diskutiert: „Die solidarische Stadtgesellschaft bewahren und weiterentwickeln“, „Gute Arbeit: Veränderungen in der >>



Nürnberger Arbeitswelt“, „Lebensqualität in der Stadt der Zukunft“ und „Demokratie verteidigen!“, so lauteten die Themen, die in verschiedenen Diskussionsforen unter kompetenter Leitung beleuchtet und diskutiert wurden. Wir als Nürnberger SPD haben viele wertvolle Impulse für unsere politische Arbeit mitnehmen dürfen – ganz vielen Dank dafür! Das wird uns auch im Hinblick auf die Kommunalwahl im März 2026 wirklich weiterhelfen.

Daneben, und fast ein wenig im Schatten, haben wir bei unserem Parteitag auch die lange ausgearbeitete Parteireform beschlossen. Was sich eher trocken und bürokratisch anhört, war nach langen und konstruktiven Diskussionen auch ein echter Aufbruch. Sie macht unsere Partei flexibler und gibt mehr Raum für inhaltliches Arbeiten statt oft lähmender Selbstverwaltung. Einen wichtigen Aspekt haben wir schon sehr schnell ganz konkret erleben dürfen: Mit der Gründung von sog. „Parteiforen“ öffnen wir unsere inhaltlichen Diskussionen auch für Nicht-Mitglieder. Und dass dies sehr gut ankommt, konnten wir bei unseren ersten Parteiforen auch eindrucksvoll sehen: Jeweils 80 – 100 Interessierte haben sich zu ganz unterschiedlichen Themen zusammengefunden und wir durften spannende und intensive Abende erleben. Der von uns bei der Europawahl Anfang Juni erhoffte Aufbruch ist für uns Sozialdemokraten leider ausgeblieben, auch wenn wir in Nürnberg ein vergleichsweise gutes Ergebnis erzielen konnten, mit dem wir trotzdem nicht zufrieden sein können. Aber über ein ganz besonderes Highlight habe ich mich doch sehr gefreut: Wir durften über 350 Gäste bei unserem Europaempfang Ende Mai im Nürnberger Ofenwerk begrüßen. Zusammen mit unseren beiden kompetenten mittelfränkischen Kandidaten Matthias Dornhuber und Anil Altun stimmte unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley die interessiert lauschenden Zuhörer:innen auf die wichtige Europawahl ein. Auch hier habe ich wieder ganz viel positives Feedback bekommen, insbesondere auch von Katarina selbst, die sichtlich beeindruckt war, was die Nürnberger SPD hier auf die Beine gestellt hatte.

Deutlich unspektakulärer, aber doch nicht weniger wichtig, gestaltete sich der Aufbruch in unseren Kommunalwahlkampf: Anfang Oktober trafen sich ca. 60 Genossinnen und Genossen zur ersten „Nürnberger Kommunalakademie“. Dort konnten interessierte Parteimitglieder einen Einblick in die Arbeit einer Stadträtin und eines Stadtrats bekommen, und das aus erster Hand, denn zahlreiche aktive Rätinnen und Räte waren genauso vor Ort wie unsere Sozialreferentin Lisa Ries und unser Kämmerer

Thorsten Brehm. Zusammen mit externen Referent:innen waren es drei arbeitsreiche und überaus konstruktive Tage.

Hier wie für alle Veranstaltungen möchte ich an dieser Stelle auch ein ganz besonderes großes Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer schicken, sei es unser tolles Büro-Team oder seien es die vielen Ehrenamtlichen, ohne die unsere Partei nicht funktionieren würde: Herzlichen Dank – was ihr dieses Jahr wieder geleistet habt, war richtig beeindruckend!

Das Jahr 2024 war auch privat für mich ein ganz besonderes und spezielles Jahr, wenn man so will gab es 2024 meinen ganz persönlichen Aufbruch: Zum ersten Mal werde ich dieses Weihnachtsfest mit unserer kleinen Tochter Namira feiern. Wie viele von euch sicher nachvollziehen können, stellt diese neue Erdenbewohnerin das Leben meiner Frau Michi und mir vollkommen auf den Kopf – auf eine sehr schöne und bezaubernde Weise.

Insofern ist dieses Jahr, das jetzt zu Ende geht, für mich absolut kein „normales“. Ich freue mich über viele schöne Erlebnisse und viele inspirierende und spannende Begegnungen. Ich freue mich, über die vielen wertschätzenden Rückmeldungen, die ich von euch bekommen habe. Ich freue mich über die unzähligen von Herzen kommenden Glückwünsche, die ich zur Geburt unserer Tochter bekommen habe und die mir mein Herz richtig erwärmt haben.

Ja, das Jahr 2024 war politisch gesehen ein schwieriges Jahr für die Sozialdemokratie. Und zugleich können wir als Nürnberger SPD mit Fug und Recht behaupten, dass wir uns in diesem Jahr entscheidend geöffnet und weiterentwickelt haben.

Und so freue ich mich nun auch auf ein sicherlich nicht weniger ereignisreiches Jahr 2025 mit einer frühen Bundestagswahl am 23. Februar, mit vielen engagierten Veranstaltungen gemeinsam mit euch und mit dem Start in einen schwingvollen und energiereichen Kommunalwahlkampf.

Dafür werde ich, wie hoffentlich die meisten von euch, jetzt erstmal etwas Kraft tanken. So wünsche ich euch allen eine nicht allzu hektische Adventszeit, ruhige und harmonische Feiertage und einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2025!

Ich freue mich, euch dann da wieder zu sehen

Euer



Nasser Ahmed

Die Ampelkoalition ist zerbrochen. Inmitten dieser turbulenten Zeiten hatte ich kürzlich das Vergnügen, unseren langjährigen Oberbürgermeister Uli Maly zusammen mit Martina Stamm-Fibich und rund 100 Gästen zu einem Kamingespräch begrüßen zu dürfen. In seiner gewohnt klaren und analytischen Art teilte er seine Einschätzungen zur aktuellen politischen Lage.

Zu Beginn unseres Gesprächs fragte ich Uli, ob er vom Aus der Ampelkoalition überrascht war. Uli antwortete klar und direkt: „Nein, im Gegenteil, es war zu erwarten. Die drei beteiligten Parteien – SPD, Grüne und FDP – hatten nicht nur unterschiedliche politische Ziele, sondern auch sehr verschiedene politische Kulturen. Die Grünen und die FDP sind keine natürlichen Partner, was sich im Verlauf der Jahre gezeigt hat.“

Er sprach dann die aktuellen Herausforderungen an, die er als eine „Polykrise“ beschrieb – ein Zusammenspiel vieler Krisen, die den politischen und gesellschaftlichen Alltag prägen. Äußere Krisen wie Kriege und Entdemokratisierung in vielen Teilen der Welt seien offensichtlich, während hausgemachte Krisen wie eine stockende Transformation des Landes und die Zerstrittenheit der Politik sich subtiler, aber ebenso gravierend auswirkten. Diese „Polykrise“ führe zu einer zunehmenden Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung, die die Demokratie und Institutionen infrage stelle.

Uli sprach auch von der Rolle der SPD als Partei, die von einer „Erzählung der besseren Welt“ lebt: Als Programm- und Utopiepartei steht die SPD vor einer besonders schwierigen Herausforderung: Sie muss eine Vision einer besseren Welt vermitteln, die für die Menschen greifbar und verständlich ist. Während die Union die Erzählung vom „besseren Geldbeutel“ nutzt, was greifbarer erscheint, fordert die SPD die Menschen zu einer umfassenderen Perspektive auf – eine, die stärker auf das Allgemeinwohl abzielt. Dennoch dürfe die SPD nie aufhören, diese Utopie zu vertreten. Es ginge nicht darum, den Menschen aufzuzwingen, was für sie gut ist, sondern ihnen zu vermitteln, dass eine bessere Zukunft auch durch Kompromisse und Gemeinschaftssinn erreicht werden kann.

Für Uli ist der ideale Wahlkampf jener, in dem die SPD als Partei erscheint, die in Krisenzeiten schnelle und richtige Antworten liefern kann. Ein Beispiel dafür ist der Krieg in der Ukraine. Die Ampelkoalition unter Kanzler Olaf Scholz habe diese Krise souverän gemeistert, als viele noch von einer bloßen Floskel der „Zeitenwende“ sprachen. Dass dafür kaum Dank ausgesprochen wird, lässt sich verschmerzen – aber es soll-

IM KAMINGESPRÄCH MIT DR. ULRICH MALY UND MARTINA STAMM-FIBICH



te nicht unbeachtet bleiben, dass es Olaf Scholz und die SPD waren, die etwa die Energieversorgung des Landes sicherstellten, nachdem uns Putin den Gashahn zugehört hatte und mit dem Sondervermögen in unsere Sicherheit investierte. Und das müssen wir den Menschen an den Infoständen klar machen.

Martina Stamm-Fibich lenkte das Gespräch im Laufe des Abends auf die Unzufriedenheit in der Gesellschaft mit der Politik. Zwar sind viele Menschen persönlich mit ihrer Situation zufrieden, doch herrscht eine tiefgreifende Unzufriedenheit mit der Politik. Uli nannte konkrete Zahlen: 70 Prozent der Menschen wünschen sich mehr Gerechtigkeit, was eine Chance für die SPD bedeutet, die Unzufriedenen zurückzugewinnen. „Wir können diese Wähler zurückgewinnen“, sagte er, „denn die, die zur AfD abwandern, haben kein geschlossenes extrem rechtes Weltbild. 90 Prozent der AfD-Wähler und 75 Prozent der BSW-Wähler sind unzufrieden mit denen ‚da oben‘.“ Uli sieht großes Potenzial im Tür-zu-Tür-Wahlkampf, um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen und die Entfremdung von der Politik zu überwinden.

Auch das Thema Steuergerechtigkeit könne im Wahlkampf dazu beitragen, die Vision einer besseren Welt zu vermitteln. Uli kritisierte, dass in Deutschland derzeit

kaum eine tiefgehende Diskussion über notwendige Steuerreformen stattfindet. Als Beispiel nannte er die Einführung einer Mindeststeuer für internationale Großkonzerne, die von Olaf Scholz angestoßen wurde. Maly lobte die 15-Prozent-Regelung als wichtigen Schritt, mahnte jedoch, dass die öffentliche Wahrnehmung und die Höhe der Rate zu gering seien. Steuerreformen könnten nicht nur mehr Gerechtigkeit schaffen, sondern auch Spielraum für Steuersenkungen bei Arbeitnehmer_innen bieten und so das Steuersystem zukunftsfähig machen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs sprach er die Themen Umwelt und Klima an. Traditionell nicht der Schwerpunkt der SPD, aber „heute eines der zentralsten Gerechtigkeitsthemen“, stellte er fest. Besonders augenfällig sei es in den Städten, wo die ärmsten Menschen in den am meisten verschmutzten Gebieten wohnen – also da, wo es am meisten stinkt, ganz wörtlich. Der Umstieg auf erneuerbare Energien und der Kohleausstieg seien echte Dilemmata, weil auf der einen Seite Deutschland als globales Vorbild im Kampf gegen den Klimawandel vorangehen müsse, aber auf der anderen Seite die Menschen in der Lausitz um ihre Existenzgrundlage bangen. Uli betonte, wie wichtig es sei, ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen, um vor Ort Gerechtigkeit herzu-

stellen und den betroffenen Menschen Perspektiven für die Zukunft zu bieten.

Zum Abschluss sprach er über die Bedeutung von Partizipation in der Demokratie. „Union und Teile der FDP haben sich von der Idee der Bürgerbeteiligung entfernt“, erklärte Uli. Für die SPD müsse Partizipation jedoch weiterhin eine zentrale Rolle spielen, denn „Partizipation macht die Demokratie nicht schwächer, sie macht sie klüger.“ Maly nannte Beispiele aus eigenen Erfahrungen, etwa Bürgerbeteiligung zum Ausbau des Frankenschnellwegs oder eine Online-Abstimmung über Fahrradständer in Nürnberg. „Wenn solche Formate ernst genommen werden, entsteht echte Partizipation“, sagte er. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass das Engagement der Bürger erlahme.

Am Ende des Gesprächs war klar: Uli Maly hatte uns nicht nur einen tiefen Einblick in die aktuellen politischen Herausforderungen gegeben, sondern auch wertvolle Impulse für den Wahlkampf geliefert. In einem Moment, in dem die Welt von vielen Unsicherheiten geprägt ist, erinnerte er uns daran, dass die SPD gerade jetzt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung einer besseren und gerechteren Zukunft spielen kann. Und diese Perspektive nehmen wir mit aus dem Kamingespräch: Bereit, die Herausforderungen anzupacken!

NEUES AUS DER AGS



STARKE NÜRNBERGER PRÄSENZ IM BAYERISCHEN AGS LANDESVORSTAND

Am 23. November tagte die Bayerische Landeskonferenz der AG Selbstständige (AGS), parallel zu den Landeskonferenzen der AfB und SPD Queer, in der Meistersingerhalle in Nürnberg. Die Nürnberger Genoss*innen zeigten eindrucksvoll, wie stark gemeinsamer Zusammenhalt wirken kann. Dank dieses Teamgeists konnten sowohl bei den Wahlen als auch bei den Anträgen bedeutende Erfolge erzielt werden.

Roland Weiniger wird Stellvertretender Landesvorsitzender

Der Vorsitzende der AGS Nürnberg erzielte ein tolles Ergebnis: Er wurde einstimmig zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der AGS Bayern gewählt. Roland wird sich in seiner neuen Rolle dafür einsetzen, wirtschaftspolitische Interessen noch stärker in die SPD auf Landesebene einzubringen. Außerdem vertritt er die Landesebene künftig im AGS Bundesausschuss.

Weitere Nürnberger*innen in verantwortlichen Positionen

Luisa Scherer (OV Zerzabelshof) wurde zur Beisitzerin gewählt und Andreas Bohm (Vorsitzender OV Langwasser und stv. Vorsitzender AGS Nürnberg) fährt gemeinsam

mit Roland als Delegierte zur AGS Bundeskonferenz nach Berlin. Insgesamt konnten fünf Mitglieder aus Mittelfranken in den AGS Landesvorstand einziehen und damit das bislang am stärksten besetzte Unterfranken ablösen.

Der neue Landesvorstand erhielt aus Nürnberg auch gleich gewichtige Arbeitsaufträge, denn auch die beiden wichtigen Anträge "Öffnung der AGS für Handwerker*innen und zur Stärkung der Zusammenarbeit im Handwerkssektor" sowie "Förderung der Sichtbarkeit, Vernetzung und Wichtigkeit von Solo-Selbstständigen und Freiberuf-

ler*innen in Bayern durch die Kampagne - Ich bin die Wirtschaft!" wurden ebenfalls auf der Konferenz beschlossen.

Erfolge für die Nürnberger SPD und den großartigen Zusammenhalt der Delegation verdienen es, gefeiert zu werden. So ließ man den Abend im gemütlichen Landbierparadies ausklingen, wo bei einem kühlen Bier die spannenden Erlebnisse und Momente der Landeskonferenz noch einmal in entspannter Runde besprochen wurden.

An dieser Stelle nochmals ein großes Dankeschön an alle, die dabei waren!



Die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS) hat auf der bayerischen Landeskongress eine wichtige Antrags beschlossen: Die Schaffung einer parteiinternen Plattform, die sich gezielt an Handwerker*innen wendet, um deren Interessen innerhalb der SPD zu vertreten und eine stärkere Vernetzung zu ermöglichen. Dieses ambitionierte Vorhaben erhielt die Unterstützung des Fraktionschefs im Bayerischen Landtag, Holger Griebshammer, selbst Malermeister und Inhaber eines erfolgreichen Malerfachbetriebs, den der Vorsitzende der AGS Nürnberg, Roland Weiniger, und der Vorsitzende der AfA, Marco Knoll, abseits der Landeskongress trafen.

Um das Handwerk nicht nur in Bayern, sondern auch innerhalb der SPD besser zu vertreten, arbeitet die AGS eng mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) zusammen. Ziel ist es, Handwerker*innen eine starke Stimme in der Partei zu geben und politische Rahmenbedingungen für die Branche aktiv mitzugestalten, um sie für die SPD (zurück) zu gewinnen.

Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen Hand in Hand

Die beiden Arbeitsgemeinschaften setzten auf ein umfassendes Maßnahmenpaket, um die Interessen der Handwerker*innen gezielt

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Nasser Ahmed

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.



AGS UND AFA – EIN STARKES BÜNDNIS FÜR DAS HANDWERK



zu stärken und deren politische sowie wirtschaftliche Sichtbarkeit zu erhöhen. Geplant ist die Einrichtung spezieller Arbeitsgruppen auf Landes- und Bezirksebene, die sich regelmäßig mit den spezifischen Herausforderungen und Bedürfnissen des Handwerks auseinandersetzen und praxisnahe Lösungen erarbeiten.

Zudem werden wir Informationsveranstaltungen und Workshops zu zentralen Themen wie Digitalisierung, Finanzierung, Marketingstrategien und rechtlichen Rahmenbedingungen organisieren. Dazu werden wir gemeinsam mit Partner aus dem Handwerk arbeiten.

Eine PR-Kampagne, die Erfolgsgeschichten aus der Mitgliedschaft und Interviews hervorhebt, wird die Bedeutung des Handwerks als zentralen Wirtschaftssektor betonen. Paral-

lel dazu wird die AGS aktiv an regionalen und überregionalen Handwerksmessen teilnehmen, um den direkten Austausch mit Handwerkerinnen zu fördern und die Vorteile einer Mitgliedschaft aufzuzeigen.

Abgerundet wird das Maßnahmenpaket durch die Erstellung leicht zugänglicher Informationsmaterialien wie Flyer und digitale Inhalte, die die Dienstleistungen und politischen Ziele der AGS speziell für Handwerker*innen verdeutlichen. Mit diesem umfassenden Ansatz möchten AGS und die AfA das Handwerk als tragende Säule der Wirtschaft sichtbar machen und gezielt stärken.





FÜNF JAHRE ROTE GALERIE

Gegründet im Sommer 2019, durch Corona gegangen und weiterhin unermüdlich - die Rote Galerie mit ihrem Team rund um Galeriechef Heijo Schlein und Bröger-Vorstand Michael Ziegler und dem grandiosen Team mit Kellermeister Lukas Hofmann und den Männern für alles: Arne und Ingo Engelhardt, Sven Heissler, und viele anderen.

Grund genug für ein Interview mit Curt-Redakteur Reinhard Lampe mit Michael Ziegler (das Gespräch erschien zuerst im aktuellen Curt):

Warum wurde die Rote Galerie gegründet? Gab es eine Lücke zu schließen?

Die Rote Galerie haben wir 2019 gegründet. Wir wollten nicht nur über Kultur reden, sondern Sie auch fördern. Gerade junge Künstler*innen auf ihren ersten Schritten zu begleiten, ist unser Ziel. Und Menschen Räume zu geben, die sie woanders nicht finden. Die Lücke an Spielräumen ist riesig. Der Impuls ging von Thorsten Brehm, dem damaligen SPD-Vorsitzenden, aus. Er brachte mich mit dem Künstler Heijo Schlein zusammen. Dieser wiederum mit der Galerie Pia Rubner. Diese wunderbare Galerie in der Kobergerstraße 57 und 59 stand vor der Schließung, weil die wunderbare Galeristin verstorben war. Mit ihrem Mann Reinhold Rubner konnten wir eine Übergabe vereinbaren und ihm auch zusagen, im Sinne von Pia weiterzumachen. Nämlich einen Ort für Kunst und Kultur weiterzuentwickeln. Auch als Treffpunkt und politischem Ort.

Wer leitet die Galerie, was ist die Struktur dahinter?

Der Träger der Galerie ist der Verein Karl-Bröger-Gesellschaft. Diesen gibt es seit 1982 und hat das Ziel, die Soziokultur und den

Austausch zu fördern. Da ich der Vorsitzende bin, leite ich sozusagen die Geschicke des Vereins, der viel mehr macht als nur die Galerie. Umso wichtiger ist unser wunderbarer Galerist Heijo Schlein, der vor Ort die Geschicke lenkt. Und wir haben ein super Team in und um die Galerie, die sich alle ehrenamtlich engagieren.

Nach welchen Kriterien sucht ihr die Künstler aus? Wie politisch seid ihr dabei?

Es muss uns einfach gefallen. Aber wenn der Kunstschaffende auch ein politisches Anliegen hat, gefällt uns das sehr. Die meisten von uns sind auch in der SPD aktiv und wir verstehen uns als Antifaschisten. So hat rechtes Gedankengut bei uns keinen Platz. Aber die Auseinandersetzung lieben wir. Jeden Tag aufs Neue. Ab dem 12. Dezember wird die Aktion „zammrücken“ von Renate Schmidt, Günter Gloser, Brigitte Wellhöfer, Hermann Imhof und Wolf Maser bei uns zu Gast sein. Unter dem Motto „zammrüggnart“ werden 9 Künstler*innen ihre Arbeit ausstellen. Gleichzeitig wird die Iranische Künstlerin Zahra Zahedi eine Installation zum Thema Menschenrechte zeigen. Die Rote Galerie ist also sehr oft sehr politisch.

In 10 Jahren – was waren die Highlights?

Das kann ich ganz klar beantworten. Die Kölner Künstlerin und Aktivistin Veronika Dimke hat alle Opfer des NSU portraitiert. Und wir haben die Angehörigen der Opfer zu uns in die Galerie eingeladen. Fünf Familien waren bei uns und haben die Bilder ihrer Angehörigen überreicht bekommen. Es war eine einmalige Ausstellung mit viel Emotion und Tränen.

Die aus Moskau stammende Regisseurin und Aktivistin Viktoria Naraxsa war bei uns

zu Gast und zeigte ihre Zeichnung aus dem Russischen Gefängnis. Das war ein tiefer Einblick in das Unrechtssystem Russlands. Zum Ukrainekrieg verarbeitete Bogi Nagy ihre Eindrücke auf unsere Wände. Eigentlich sollte es eine fröhliche und bunte Ausstellung werden, doch dann begann der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und Bogi setzte dann künstlerisch Putin vor das Menschenrechtsgericht.

Die Nürnberger Initiative „Frauen Leben Freiheit“ der mutigen Iranerinnen war nun schon mehrfach bei uns zu Gast mit Ausstellungen, Performances und Informationsabenden.

Der Künstler Momoshi begeistert uns immer wieder mit seinen bunten Figuren. Der konnte sich auch in der Galerie auf der Wand verewigen. Aber da tat der Wechsel zur nächsten Ausstellung besonders weh, als wie alles wieder weiseln mussten. Eines seiner Bilder durften wir zugunsten der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Mali versteigern und es sind 3.000 Euro für ein Brunnenbau-Projekt zusammengekommen.

Wie hat sich die Galerie im Laufe der Jahre verändert?

Wir sind ja nach einem Halben Jahr mit über 50 Veranstaltungen voll ausgebremst worden durch Corona. Wie so viele anderen auch. Aber wir haben dann die „Vernissage for one“ erfunden. Gymnick hat zum Beispiel eine Ausstellung und Konzert nur für meine Kamera gegeben. Dafür haben wir dann extra unseren youtube-Kanal BröBrö-Brögers Kulturbrötchen gegründet. Aber im Grunde sind wir in den fünf Jahren geblieben wie wir sind. Vielfältig, neugierig, politisch, menschenfreundlich.

Gibt es schon Pläne für 2025?

Heijo Schlein führt den Galerie-Kalender und das Jahr ist quasi voll. Aktuell kommt eine Aktion für die Ukraine mit dem Künstler Dirk Altrichter noch hinzu, aber wir können über Interesse nicht klagen. Die nächsten Künstler*innen sind u.a. Simone Kessler, Ruby Thalia und Leomie Pearl.

Wie habt ihr euer Jubiläum gefeiert?

Wir haben auch immer wieder sehr gut besuchte Fotoausstellungen. Ein Höhepunkt war nun schon zum dritten Mal die Ausstellung von Daniela, Anna, Marisa und Natasha von „D.A.M.N. vier Frauen - vier Welten“, die selbst leidenschaftlich fotografieren und sich der Förderung von fotografierenden Frauen verschrieben haben. Und inmitten ihrer Ausstellung feierten wir am Samstag, 28. September 2024 unser vierjähriges Bestehen. In und um unsere Rote Galerie. Mit Musik und ganz viel Spaß. Denn der gehört auch dazu.



ZAMMRÜGGN-ART

12. Dezember 2024 – 3. Januar 2025



ZAMMRÜGGN-art in der Roten Galerie

Mit der Ausstellung „ZammrüggN-art“ in der ROTEN GALERIE, Kobergerstraße 59 unterstützen Nürnberger KünstlerInnen die Initiative mit ihren Bildern.

Herbert Wojsik – Geraldino – Momoshi – Nancy Petke – Karla Köhler – Klaus Haas – Dirk Altrichter – Simone Kessler – Zahra Zahedi

Zusätzlich zeigt die Künstlerin Zahra Zahedi ihre Ausstellung:

„Es spielt eine Rolle...“ Mit dieser Ausstellung, Installation und Bildern, geprägt von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – zeigt sie die besondere „Rolle“ dieser Rechte.

Die Initiatoren Renate Schmidt (SPD), Hermann Imhof (CSU), Brigitte Wellhöfer (Die Grünen), Günter Gloser (SPD) und Wolf Maser (FDP) sind sich einig: „Mit unserer Initiative setzen wir ein bewusstes Statement über Parteigrenzen hinweg für unsere Demokratie. Und auch die Kunst spielt eine wichtige „Rolle“. Deshalb nun die Ausstellung in der Roten Galerie.

Gesprächsrunde am Freitag 20.12.2024 um 18 Uhr

ZAMMRÜGGN in der Politik

Mit Hermann Imhof (CSU) Abgeordneter des Bayerischen Landtags a.D. und ZAMMRÜGGN-Gründungsmitglied und Dr. Nasser Ahmed (SPD), Mitglied des Nürnberger Stadtrats, Vorsitzender der SPD Nürnberg und stellvertretender Generalsekretär der BayernSPD.

Moderation: Heijo Schlein

ZAMMRÜGGN-Finissage: Freitag 3.1.2025 um 18 Uhr

Gastbeitrag: Bernd Regenauer, Kabarettist, Autor und Schöpfer des Namens „ZAMMRÜGGN“ für die Initiative.

Öffnungszeiten der ZAMMRÜGGN in der Roten Galerie: Fr., Sa., So., 14 – 18 Uhr und nach Vereinbarung

BILDUNG IN BAYERN:

Gerecht geht anders.

NÜRNBERG: EXENFREIE ODER ECHSENFREIE ZONE?

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER (Text)
und MICHAELA ACHMED (Grafik)

Unangekündigt angekündigt

Die freundliche und beliebte Lehrerin rollt am Freitag in der sechsten Stunde mit den Augen, zwinkert ganz nervös, hüpfert ein wenig auf der Stelle, gestikuliert augenscheinlich unmotiviert vor der Klasse herum. Die Schüler*innen lachen und sind hocherfreut. Was ist da los? Sind wir im Fernsehstudio bei Aufnahmen zu „Die Anstalt“ oder hat es die Lehrerin, was man ihr ja nicht unbedingt verdenken kann, an den Nerven? Nein, sie versucht, den Schüler*innen durch die Blume bzw. hüpfend, gestikulierend und zwinkern eine Stegreifarbeit, die sie nicht ankündigen darf, anzukündigen. Zuhause verwandeln sich danach Mütter und Väter in (männliche und weibliche) Furien und sehen den Familienfrieden am Wochenende gefährdet. Am Montag ist wieder Exen-Time! Es muss also am Samstag und Sonntag sinnlos Wissen auswendig gelernt, dann ausgespuckt und sofort wieder vergessen werden.

Atomwaffenfrei - Exenfrei

Damit soll nun Schluss sein. Eltern- und Lehrerschaft haben sich zusammengetan. In den Kellern der Großeltern der geplagten Schülerschaft wird gewählt, werden alte und verstaubte Schilder ausgegraben: **Atomwaffenfreie Zone** hieß es in den 80er Jahren.

Wir erinnern uns: Damals klingelten langhaarige junge Frauen und Männer mit selbst gestrickten und kratzigen Alpaka-Pullovern an Türen und baten die Nürnberger*innen, sich in eine Unterschriftenliste einzutragen: Nürnberg sollte Atomwaffenfreie Zone werden.

Gut, dass Oma und Opa diese Schilder so sorgfältig aufgehoben haben. Sie sind perfekt, denn man kann die Schilder jetzt wiederverwenden und mit wenig Aufwand umschreiben:



Laut hallt der Ruf durch die Straßen der Stadt: **Nüüüürnberg – exenfrei!** Die Schilder werden allerorten aufgehängt, und der eine oder andere klebt sich auch, dann am besten untertags während der Rush-Hour, am Plärrer oder am Bahnhof dazu, um auf Höhe der Zeit zu sein. Und nächstens sieht

man in Nürnberg verummte Gestalten mit gelben Schildern, die sie am Stadtrand und in den Stadtvierteln aufstellen.

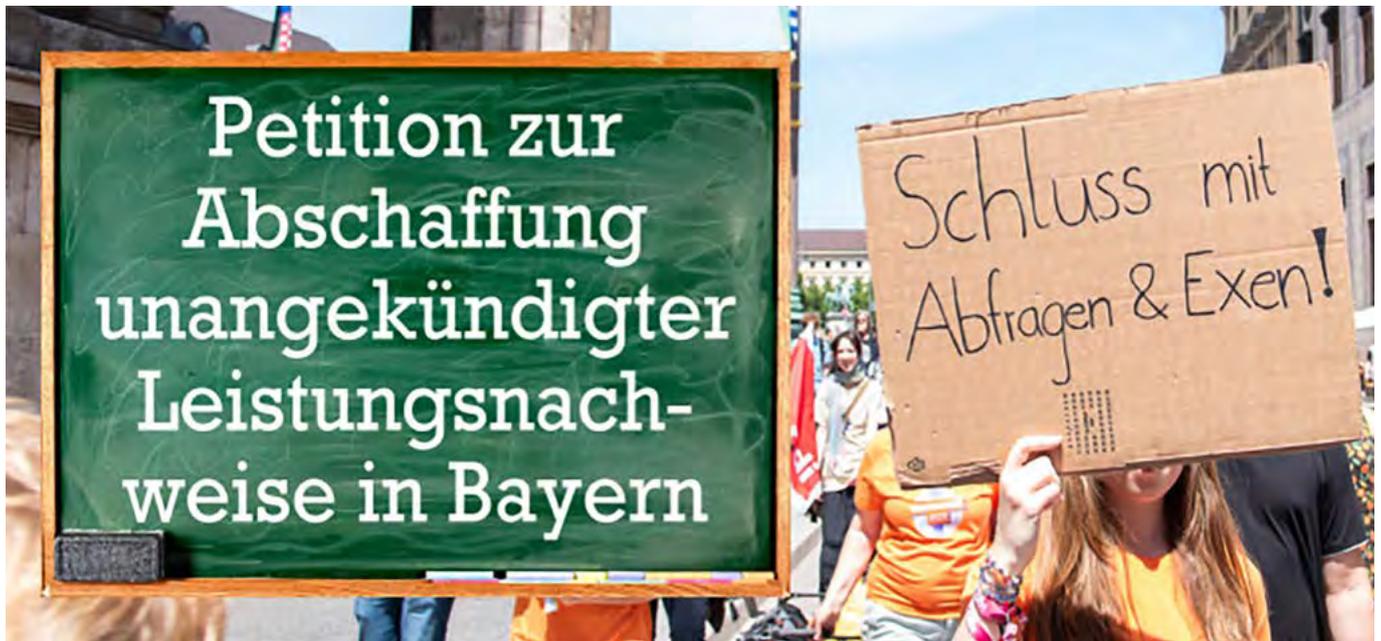
Doch hat man die Rechnung, wieder einmal ohne den Wirt bzw. in diesem Fall den Bund Naturschutz gemacht. Ein aufmerksamer Mitarbeiter, vor allem durch langjährige unangesagte Diktate in seiner Schulzeit traumatisiert und daher in seiner Rechtschreibkompetenz nachhaltig und vollumfänglich geschädigt, hat den Ruf nach einem **exenfreien Nürnberg** vernommen. Ohne zu zögern löscht er unwiderruflich die 27.081 Dateien zum Frankenschnellweg (was für ein Segen!) und legt ein neues Programm auf:

Nürnberg: echsenfrei? Niemals!

Auf keinen Fall, so die Hauptforderung, dürfen *Natrix natrix* und *Lacerta agilis*, landläufig auch bekannt unter dem Namen Ringelnatter und Zauneidechse, aus ihren Wohngebieten in Nürnberg vertrieben werden. Sie schlängeln sich durch Mauern und Gärten und neben Bahngleisen; wir finden sie in Pocket Parks, unter dem Nashorn am Egidienplatz und zwischen Pflastersteinen. Sie sind Teil unserer Identität. Nürnberg - echsenfreie Zone? Niemals!



Längst ist auch das Bayerische Verwaltungsgericht mit einer diesbezüglichen Klage des Bund Naturschutz befasst. Ein Gutachtergremium, in dem sich, neben Prof. Lurchi Muralis auch die renommierte Germanistin Prof.in Zootoca Vivipara mit dem Forschungsschwerpunkt „Schreiben nach Gehör“ befindet, wird dazu zeitnah seinen Abschlussbericht vorlegen. Wir dürfen gespannt sein!



ZUM HINTERGRUND: SÖDERS MACHTWORT ZU EXEN LÖST EMPÖRUNG AUS

von **CLAUDIA KUPFER-SCHREINER**
(in Kooperation mit **Michaela Achmed**
und **Margit Vestner-Pröjß**)

Unangekündigte schriftliche Tests (sogenannte Exen) gehören zum bayerischen Schulalltag – genau wie das spontane Abfragen eines Schulkinds vor der Klasse. Sie gehören zu einer Schule von gestern und repräsentieren einen antiquierten Leistungsbegriff. Zwar ist es durchaus möglich, von Exen abzusehen, denn sie sind nicht verpflichtend, doch die Mehrheit der Schulen hält daran fest.

Söders Machtwort

Der Stein kam ins Rollen, als Kulturministerin Anna Stolz (Freie Wähler) die Absicht verkündete, sie wolle die Zahl der Leistungsnachweise genau „unter die Lupe nehmen“ und diskutieren, inwieweit sie angekün­digt werden sollen. Doch Markus Söder stellte unmissverständlich klar: „Exen und Abfragen werden natürlich bleiben.“ Söder, so Nicole Bäuml­er, unsere bildungs­politische Sprecherin im Landtag, habe den Dialog „mit einem Handstreich von Tisch gewischt. Es verwundert schon, wie man eine konstruktiv geführte Debatte und die Expertise von Fachleuten bar jeder Kenntnis der Materie einfach übergeht.“

Für eine neue Lernkultur

Denn wissenschaftliche Studien bestätigen

übereinstimmend, dass unangekündigte Tests vor allem Angst und Stress auslösen und eine Kultur des Selektierens fördern. Abgefragt werden lediglich auswendig gelerntes Wissen und Stressresistenz.

Dabei geht es beim Lernprozess schon lange nicht mehr um passgenaues Wissen und die spontane Abfrage darüber zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt. Es geht um nachhaltige Lernentwicklung, um eine neue Lernkultur, darum, Abläufe zu verstehen und kreative Lösungen zu finden. Projekte, Portfolios, Lerntagebücher, Lerngespräche oder individualisierte Rückmeldungen sind Beispiele dieses kompetenzorientierten Ansatzes. Schüler*innen müssen lernen, vernetzt zu denken, ihre Leistungen einzuschätzen und gut mit anderen zusammenzuarbeiten. Lernen muss beobachtet und begleitet statt punktuell bewertet werden. Wer die Lernentwicklung der Schüler*innen im Blick haben und fördern will, kann dies nicht mit Hilfe einer Reihe von „Momentaufnahmen“ tun, wie es bei Exen der Fall ist. Es geht um langfristiges Verstehen statt oberflächlichem Auswendiglernen.

Wir bleiben dran!

Allerorten formierte sich Widerstand. Eine Petition der Münchner Schülerin Amelie haben mittlerweile mehr als 32.000 Personen und zahlreiche Eltern- und Lehrverbände, die GEW, Schülervertretungen und Wissenschaftler*innen unterzeichnet.

Im September brachte unsere Fraktion einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Schluss mit unangekündigten Tests an Schulen“ in den Landtag ein. „Statt kurzfristigem Auswendiglernen müssen wir langfristiges Lernen und Verstehen fördern. Kultusministerin Stolz muss ihren Job machen und jetzt eine offene Debatte führen“, so Nicole Bäuml­er.

Der Antrag wurde mit einer Mehrheit aus CSU, Freien Wählern und AfD abgelehnt. Und ein Einlenken der Landesregierung ist weiterhin nicht in Sicht. Doch das letzte Wort ist bestimmt noch nicht gesprochen, zu groß ist der Widerstand und zu breit das Bündnis aus mittlerweile etwa 40 Organisationen.

Wir bleiben dran!



Amelie N., Schülerin aus München, hat die Petition auf den Weg gebracht.



Nicole Bäuml­er, bildungspolitische Sprecher der SPD im Bayerischen Landtag

AKTIVES ALTERN FÖRDERN UND DIE SCHWACHEN NICHT IM STICH LASSEN

von GABI PENZKOFER-RÖHRL, Vorsitzende
AG 60+ und seniorenpolitische Sprecherin
der SPD-Stadtratsfraktion, und
ELISABETH RIES, Referentin für Jugend,
Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Die solidarische Gestaltung unserer Stadtgesellschaft bedeutet, die Bedürfnisse und Wünsche aller Generationen im Blick zu haben und für alle ein möglichst selbstbestimmtes Leben in Teilhabe zu verwirklichen. Dafür braucht es ein ressortübergreifendes, integriertes Verständnis, ältere Menschen in allen Bereichen sichtbar zu machen und die große Unterschiedlichkeit der Lebenslagen zwischen 60 und über 100 anzuerkennen. In der Stadtpolitik arbeiten der Stadtseniorenrat und die SPD-Stadtratsfraktion, verwaltungsseitig federführend das Seniorenamt im Referat für Jugend, Familie und Soziales zwar in unterschiedlichen Rollen, aber mit einem gemeinsamen Verständnis an dieser Aufgabe. Die Leitlinie „Lebensqualität im Alter und in der Pflege sichern“ des Orientierungsrahmens im Sozialreferat legt wesentliche Eckpunkte fest.

Kurz vor dem Weltseniorentag am 1. Oktober befassten wir uns Stadtrat mit der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Es war sechs Jahre zuvor erstmals entwickelt worden. Mittlerweile haben die allgemeine demographische Entwicklung und gesellschaftliche Veränderungen, beispielsweise die spürbaren Folgen der Corona-Pandemie, seine Weiterentwicklung nötig gemacht. Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept bildet die ganze Bandbreite einer modernen aktiven Senior*innenpolitik ab. Es umfasst neun Handlungsfelder, vom aktiven Alter über Digitalisierung, Gemeinschaft, Generationenbeziehungen, Gesundheit/Prävention und Pflege, Wohnen, Altersarmut bis zur gesellschaftlichen Vielfalt.

Es geht bei weitem nicht „nur“ um Sozialpolitik, sondern um eine Querschnittsaufgabe, sodass nahezu alle Referate der Stadtverwaltung einbezogen sind. Den Auftakt zur Erarbeitung des rund 30-seitigen Papiers bildete das Demografieforum im Herbst 2023, wo Senior*innenorganisationen wie der Stadtseniorenrat, andere Interessierte sowie Fachämter wesentliche Er-

kenntnisse und Forderungen diskutierten, die anschließend durch das Seniorenamt vertieft, strukturiert und zusammengefasst wurden.

Aktives Altern benennt die Tatsache, dass viele der heutigen Älteren individuelle Wege gehen, sie reisen, sind kreativ und ehrenamtlich tätig. Hier gilt es Angebote bereitzustellen und nicht diejenigen aus den Augen zu verlieren, die dies nicht aus eigener Initiative schaffen.

Als Kommune können wir **Altersarmut** und deren Ursachen – oft geringe Renten wegen unsteter Erwerbsverläufe und niedriger Löhne – kaum verhindern, Ziel ist es aber, die Auswirkung materieller Armut zu lindern und Teilhabe zu ermöglichen. Mit den Ermäßigungen des NürnbergPass und einem großen Angebot an kostenlosen, niedrigschwelligem Angeboten ist Nürnberg auf einem guten Weg, den wir konsequent weiter beschreiten müssen – eine große Herausforderung ist es hierbei, die verdeckte schambesetzte Altersarmut aufzuspüren und die Berechtigten bei der Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen zu ermutigen.

Die Vorteile der **Digitalisierung** auch für Ältere nutzbar zu machen und gleichzeitig den drohenden Ausschluss derer zu verhindern, die keine digitalen Zugänge haben, ist dringend geboten. Das Angebot „Wege in die digitale Welt für Ältere“ baut durch generationenübergreifende, ehrenamtliche Unterstützung Barrieren ab und eröffnet Teilhabechancen. Aber natürlich muss und wird es auch weiterhin analoge Angebote und Kontaktmöglichkeiten etwa mit den städtischen Dienststellen geben.

Einsamkeit überwinden, ist der Auftrag, der sich hinter dem Stichwort **Gemeinschaft** verbirgt. Das Seniorenamt bietet und unterstützt ein ganzes Bündel an Maßnahmen, mit Besuchs-, Telefon-, Hol- und Bringdiensten und den Seniorentreffs. Auch die Seniorennetzwerke – im Januar startet das 20. Netzwerk in der Altstadt – leisten ebenso wie die vielen Seniorenclubs und Begegnungsstätten wichtige Arbeit.

Die Herausforderung besteht darin, verdeckt einsame Menschen anzusprechen, ihnen den ersten Schritt zur Kontaktaufnahme zu erleichtern und den Weg in Angebote im sozialen Nahraum zu ebnet.

Denkbar ist eine Kampagne zur Enttabuisierung von Einsamkeit mit verschiedenen Kooperationspartnern, die auch Nachbar*innen und Angehörige ermutigt, einsame Personen in ihrem Umfeld anzusprechen und zur Gemeinschaft zu holen.

Einsamkeit betrifft aber auch Jüngere. Nicht nur deshalb ist hier die Kooperation zwischen Jugend- und Seniorenamt und anderen Akteuren wie z.B. den Mehrgenerationenhäusern oder Kulturläden als Begegnungs- und Austauschorte für Alt und Jung sehr wichtig.

Pflege, Prävention und Gesundheit im Alter sind als wesentlicher Kern der Daseinsvorsorge nicht in Kürze zu beleuchten, wir werden uns in den kommenden Monaten damit vertieft befassen.

Beim **altersgerechten Wohnen im Quartier** steht neben dem seniorengerechten barrierearmen, angstfreien Wohnumfeld, das Zufußgehenden genügend Raum gibt und Begegnungsmöglichkeiten schafft, die Unterstützung vom Mehrgenerationen-Wohnprojekten und der altersgerechte Umbau von Wohnungen im Fokus, um den Verbleib in der gewohnten Häuslichkeit zu ermöglichen.

Die **Vielfalt der Stadtgesellschaft** prägt auch die älteren Generationen. Ein Drittel der Senior*innen hat einen Migrationshintergrund – das Bedürfnis nach sprachlicher und kultureller Verbundenheit mit dem Herkunftsland wächst bei manchen im Alter. Ältere Menschen mit Behinderung benötigen Angebote, queere Senior*innen haben ein Recht darauf, nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben.

Aufgabe der Stadtpolitik und insbesondere der Sozialdemokratie bleibt es dabei immer, unterschiedlichen Gruppenbedürfnissen bestmöglich Raum und Akzeptanz zu verschaffen und zugleich den Zusammenhalt der Gesellschaft im Blick zu behalten. In der AG 60+ Januarsitzung am 21.01.25 werden wir uns eingehend mit dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept beschäftigen. Einladung folgt.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept ist unter www.senioren.nuernberg.de, der Orientierungsrahmen des Referats für Jugend, Familie und Soziales unter www.soziales.nuernberg.de abrufbar.



MIT „RECHT“ GEGEN DIE FEINDE UNSERER DEMOKRATIE

Am 8.11.2024 hatte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Jurist:innen (AsJ) zu der Veranstaltung „Mit Recht die Verfassung schützen?“ eingeladen und 50 Interessierte kamen. Die AsJ wollte Antworten auf die Frage finden, ob der Schutz vor den Feinden unserer Demokratie rechtlich möglich und politisch geboten ist. THOMAS WITZGALL von endstation.rechts steckte den rechtlichen Rahmen ab. So kann nach Art. 18 GG ein verfassungsfeindlicher Politiker wie bspw. Björn Höcke „aus dem Spiel genommen werden“. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings so hoch, dass es bisher erst zu vier (erfolglosen) Verfahren kam. Verfassungsfeindliche Parteien nicht mit Steuergeldern zu alimentieren, ist nach Art. 21 Abs. II GG möglich. T. Witzgall wies allerdings darauf hin, dass eine Partei erst dann verboten werden kann, wenn deren Erfolg möglich sei, der Geldhahn hingegen könne schon abgedreht werden, wenn die Partei sich verfassungsfeindlich zeige. Bei der AfD sei spätestens nach den letzten Wahlen offenkundig, dass deren Erfolg „auf legalem Wege“ möglich sei. Solch „legalistische“

Machtergreifung der Nazis hat dazu geführt, dass die Mütter und Väter des GG das Konzept der „wehrhaften“ Demokratie im GG verankert haben. Zu klären wird hingegen sein, ob die AfD die drei Grundprinzipien des GG: Menschenwürde, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip verletzt. Beeindruckend war zu sehen, wie viele Belege hierfür T. Witzgall für die Bayern AfD gefunden hat. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Äußerungen der AfD zuzurechnen. Denn die



AfD hat es als Wolf im Schafspelz zu einer gewissen Perfektion gebracht. Thomas Witzgall war sicher, dass die Hürden für ein AfD – Verbot zu nehmen seien.

In seinem Einwurf erörterte Dr. Nasser Ahmed die Frage, wie es möglich sei, in einer Demokratie eine demokratisch gewählte Partei zu verbieten. Nach einem kurzen Ritt durch die Ideengeschichte der Demokratie wies Dr. Ahmed darauf hin, dass die heutigen Demokratien Antworten auf historische Unrechtserfahrungen sind. Dieser Gedanke liegt auch dem Parteienverbot des GG zu Grunde. Und er erlaubt, ja fordert dazu auf, demokratische Ideale nicht absolut zu setzen, sondern auch als Zwecke, damit solche Unrechtserfahrungen sich nicht wiederholen, zu begreifen. So stellte er klar, dass die Herrschaft der Mehrheit nie zu einer Mehrheit der Tyrannei werden dürfe.

Im Anschluß daran stellte der Vorsitzende der AsJ Christoph Ringelmann kurz das Thürigenprojekt vor und wies auf die Wichtigkeit hin, unsere demokratische Ordnung „schlecht Wetter fest“ zu machen, damit nicht wie in Ungarn und Polen die Demokratie von innen sich auflöst. Der Bundestag ist hier mit den neuen Regeln zum Bundesverfassungsgericht einen ersten Schritt gegangen.

Für Bayern konnte MdL Horst Arnold zahlreiche Beispiele solcher „Schlechtwetterregeln“ aufzählen. Er wies dabei aber auch auf die Gefahren hin, dass diese Regeln nun nicht wiederum ihrerseits demokratische Standards untergraben dürften.

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass der Kampf gegen die Feinde der Demokratie an vielen Fronten geführt werden müsse. Rechtliche Maßnahmen sind dabei ein wichtiger Bestandteil. Einigkeit bestand aber darin, dass in einer Demokratie immer der politische Meinungskampf im Vordergrund zu stehen hat und noch wichtiger als der Kampf gegen den politischen Gegner das eigene Angebot an die Menschen im Land ist.





DIE ZEITENWENDE UND DAS AMPEL-AUS

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Medienberichten zufolge plante die FDP ihren Ampel-Ausstieg minutiös. Als SPD und Grüne noch Kompromisse suchten, hatte Christian Lindner längst ein Drehbuch für den Koalitionsbruch erstellt – dem kam Bundeskanzler Olaf Scholz mit der Entlassung des Finanzministers zuvor. Jetzt wollen wir noch einige Ampel-Gesetze retten. Das Scheitern der Koalition hat auch mit der Zeitenwende zu tun.

Der Plan der FDP war es offenbar, angesichts ihrer schlechten Umfragewerte mit einem intern als „Torpedo“ bezeichneten Grundsatzzpapier die Ampel zu versenken und den eigenen Rauswurf zu provozieren. Der Plan B, wenn es mit dem Rauswurf nicht klappt, war der „D-Day“: Die FDP-Ministerinnen und -Minister sollten ihren Rückzug aus dem Kabinett bekanntgeben, während der Kanzler weit weg beim EU-Gipfel in Budapest ist. Geseitert ist dieses perfide Drehbuch an Olaf Scholz. Er kam Lindner zuvor. Er hatte offenbar Wind bekommen von den Plänen. Zumal nicht alle in der FDP den Kurs von Christian Lindner unterstützt haben. Nun ist es ein Ende mit Schrecken geworden. Ein bisschen Erleichterung ist dabei, ich finde es aber auch schade: Es ist – gerade in Zeiten wie diesen – traurig, wenn jemand in der Demokratie vor Verantwortung wegrennt.

Vielleicht nahm das Unheil viel früher seinen Lauf: Als der russische Angriff auf die Ukraine die Welt erschütterte. Möglicherweise haben wir in der Koalition diese Zeitenwende mit all ihren Folgen für Deutschland unterschätzt. Es hätte – im Nachhinein ist man immer schlauer – vielleicht sogar einen neuen Koalitionsvertrag gebraucht. Dabei hätten dann alle Parteien „ihre“ Lieblingsprojekte auf den Prüfstand stellen müssen, ob und wie sie noch in die neue Realität passen.

Vom Heizungsgesetz in Zeiten explodierender Energiepreise bis hin zu einer Schuldenbremse in Zeiten hoher Krisenkosten. Alles hätte an die Zeitenwende angepasst werden müssen. Ob alle vernünftig und verantwortungsbewusst genug gewesen wären, dabei mitzumachen? Wahrscheinlich nicht. Womöglich wäre die Ampel nur wenige Monate nach den bereits schwierigen Koalitionsverhandlungen dann doch zerbrochen.

Es war eine Zeitenwende, als Wladimir Putin einen Krieg in Europa begann. Olaf Scholz hatte das erkannt und diesen Begriff geprägt. Er setzte unmittelbar das Sondervermögen Bundeswehr durch, um unsere Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit an die neue Realität anzupassen. Er startete eine Initiative für eine europäische Luftabwehr (European Sky Shield), der sich mittlerweile 20 Staaten angeschlossen haben. Kein anderes Land in Europa unterstützt die Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung finanziell und militärisch so stark wie Deutschland. Zumal es in der Ukraine um die Zukunft einer friedlichen Weltordnung geht. Diese hängt davon ab, ob die Weltgemeinschaft hilft oder wegschaut, wenn der größere den kleineren Nachbarn überfällt. Global haben wir mit Olaf Scholz angefangen, uns mit neuen Partnern wie Indien neu aufzustellen. Zahlreiche neue Partnerschaften für unsere Zukunft sind aufgebaut, für den Handel, für die Kooperation bei Forschung, für Wasserstoff und Energie, Klimapartnerschaften aber auch Migrationspartnerschaften.

Es ist schade, dass wegen des ständigen Streits kaum jemand mitbekommen hat, was die Ampel in schwierigen Zeiten geleistet hat. Bitter ist das unrühmliche Ende der Ampel für den Bundeskanzler, der stets versucht hat, die Koalitionspartner zu gemeinsamen Lösungen zu bringen. Übrigens viel

erfolgreicher als meist behauptet wird. Damit meine ich nicht nur, dass Scholz den Laden immerhin drei Jahre zusammengehalten hat, was Angela Merkel gerade mal für drei Wochen geschafft hatte (Stichwort gescheiterte „Jamaika-Sondierungen“). Schon zur Halbzeit hatte die Ampel fast zwei Drittel des Koalitionsvertrages umgesetzt oder angepackt. Obwohl „nebenbei“ Krisenpolitik gemacht werden musste.

Der russische Angriff auf die Ukraine ließ die Energiepreise und in der Folge die Inflation hochschießen. Dadurch wurde der Alltag für die Menschen wesentlich teurer, auch Probleme etwa beim Wohnungsbau bis hin zu bezahlbaren Mieten wurzeln hier. Die deutlich gestiegenen Kosten für das Bürgergeld liegen nicht daran, dass alle nun ihren Job kündigen, um lieber Sozialleistungen zu beziehen. Sie haben vor allem damit zu tun, dass wir über eine Million Menschen aus der Ukraine aufgenommen haben. Waren wir auf all das und vieles mehr vorbereitet? Natürlich nicht. Haben wir schnell gehandelt? Ja. Niemand musste im Winter frieren, die Industrie musste nicht abgestellt werden, nachdem uns Putin das Gas abgedreht hatte. Es gab milliarden-schwere Hilfen wie Strom- und Gaspreisbremsen. Aber: Spätestens nach der engen Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht war klar, dass die Schuldenbremse in dieser Form aus der Zeit gefallen ist. In einer Krise muss es finanziell möglich sein, ausreichend gegenzusteuern.

Von der Ampel ist nun noch eine rot-grüne Minderheitsregierung übrig. Und mit der wollen wir im Dezember noch einiges umsetzen. Es geht etwa darum, die Menschen wie geplant zum 1. Januar steuerlich zu entlasten und das Deutschlandticket für 2025 abzusichern. Das Bundesverfassungsgericht muss vor Sabotage durch Verfassungsfeinde geschützt werden. Maßnahmen für die Industrie sollten jetzt beschlossen werden und nicht erst nach einer mehrmonatigen Regierungsbildung. Mit unserem Rentenpaket wird es aber wohl leider nichts mehr. Friedrich Merz lehnt es ab. Er will nicht, dass das Rentenniveau gesichert wird. Übrigens steht im neuen Grundsatzzprogramm der CDU, dass der Renteneintritt an die Lebenserwartung gekoppelt werden sollte. Das heißt: Merz lügt nicht, wenn er erklärt, er wolle keine Rente mit 70. Je nach Entwicklung der Lebenserwartung könnten es auch 71 oder 72 Jahre werden ... Wie man das verhindern kann? Mit einer Stimme für die SPD bei der kommenden Bundestagswahl!

Ich wünsche Euch und Euren Lieben ein frohes Fest! Und dann starten wir gemeinsam mit neuer Kraft in ein hoffentlich gesundes, schönes und erfolgreiches neues Jahr!



DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION BEZIEHT STELLUNG ZUM THEMA MIGRATION

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Die SPD-Landtagsfraktion hat unter meiner Federführung einstimmig ein Positionspapier „Migration, Asyl und Integration in Bayern“ beschlossen. Es ist ein zukunftsweisendes Papier, das Menschlichkeit und Solidarität mit einem klaren Ja zu einem starken Rechtsstaat verbindet.

Für uns ist und bleibt das Grundrecht auf Asyl unantastbar. Gleichzeitig ergreifen wir konkrete Schritte, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wir brauchen jedoch auch eine konstruktive und lösungsorientierte Migrationspolitik, die Sicherheit und Integration miteinander verbindet. Denn nur so schaffen wir eine Gesellschaft, die für alle Menschen Perspektiven bietet und zugleich die demokratischen Werte unseres Landes schützt.

Mit diesem Positionspapier setzen wir als SPD ein deutliches Zeichen: Bayern kann und muss eine Einwanderungspolitik gestalten, die auf Respekt, Fairness und Zusammenhalt basiert. Wir stehen für eine Politik, die Mut macht und eine klare Alternative zu Hetze und Spaltung bietet. Wir

dürfen die Diskussion über die Zuwanderung nach Bayern und Deutschland nicht den Rechtsradikalen zu überlassen.

Im einzelnen setzen wir in unserem Positionspapier auf folgende Punkte:

Akzeptanz durch Steuerung: ein klares Ja zum Europäischen Asylsystem und zu temporären Grenzkontrollen. Um Zuwanderung zu ordnen und irreguläre Migration zu begrenzen, hat die bisherige SPD-geführte Bundesregierung bereits viel unternommen – unter der Prämisse von Humanität und Ordnung. Die reguläre Migration muss gestärkt werden und transparent ablaufen. Solange die Lage dies erfordert, soll es vorerst weiter temporäre Grenzkontrollen geben. Sie haben bereits gewirkt: Binnen eines Jahres wurden rund 34.000 Personen zurückgewiesen und 59.000 unerlaubte Einreisen registriert und verhindert. Zudem konnten rund 1400 Schleuser aufgegriffen werden.

Akzeptanz durch schnelle Verfahren: Die Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen. Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss Deutschland schnell wieder verlassen. Dafür sind Verbesserun-

gen bei der Organisation von Rückführungen notwendig. Für Rückführungen sind die Länder zuständig, der Bund unterstützt sie dabei. Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern haben bereits viel gebracht: Die Zahl der Abschiebungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent gestiegen. Die SPD-Landtagsfraktion steht hinter diesen Maßnahmen.

Akzeptanz durch Arbeit: Alle, die bis zum Stichtag 31.12.2023 nach Deutschland gekommen und nicht straffällig geworden sind, sollen arbeiten dürfen und eine zweijährige Duldung erhalten. Ausländerbehörden müssen jedem (mit Ausnahme von Straftätern) eine Beschäftigungsmöglichkeit anbieten. Familien mit Kindern sollen bei Bereitschaft zur Arbeit oder Ausbildung vor Abschiebung geschützt sein. Die Ausländerbehörden sollen besser ausgestattet, ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden. Ziel ist eine rasche Arbeitsaufnahme, Arbeitsgenehmigungen sollen innerhalb von 14 Tagen erteilt werden. So gelingt Integration am besten. Wir erwarten, dass Zuwanderer die deutsche Sprache erlernen, wollen aber auch die entsprechenden Bildungsangebote bereitstellen. Gemeinnützige Arbeit muss gefördert werden. Sie kann als Brücke in den Arbeitsmarkt dienen und wird im Rahmen der bestehenden Gesetze von Empfängern von Sozialleistungen auch erwartet. Damit auch Frauen eine Arbeit aufnehmen können, braucht es Betreuungsplätze für Kinder.

Akzeptanz durch Teilhabe und Bildung: Die SPD will Patenschaften und Helferkreise, aber auch Vereine fördern. Wenn man sich gegenseitig kennenlernt, verschwinden oft unüberbrückbar scheinende Hindernisse. Wichtig sind gleiche Bildungschancen für alle und eine gute Sprachförderung von der Kita bis zum Schulabschluss.

Akzeptanz durch gerechte Verteilung in der Unterbringung: Alle Kommunen müssen fair ihren Beitrag leisten und entsprechend ihrer Einwohnerzahl mindestens ein Prozent der Geflüchteten aufnehmen. Bislang liegen viele Kommunen unterhalb dieser Marke. Sehr große unpersönliche Unterkünfte sind immer schlechter als kleine dezentrale Einheiten. Das erleichtert den Zugang zu lokalen Netzwerken, zu Arbeitsplätzen und gesellschaftlicher Teilhabe. Bei der Verteilung der Geflüchteten sollten deren Kompetenzen und Bedürfnisse mit der Situation der Kommunen abgeglichen werden. Ich bin mir sicher, dass diese klare Positionierung uns im Bundestagswahlkampf besonders an den Infoständen weiterhelfen wird.

Das gesamte Migrationspapier ist auf der Internetseite der SPD-Landtagsfraktion unter dem Reiter Presse/Pressemitteilungen abrufbar.

SPD VOR ORT: KEINE ENTGRÜNUNG VON WÖHRD



von THORBEN STARKE

Am 16. November 2024 lud der SPD-Ortsverein Wöhrd zu einem Ortstermin ein, um sich mit Anwohnerinnen und Anwohnern über das geplante Bauprojekt an der Rudolphstraße / Ecke Nunnenbeckstraße auszutauschen. Rund 30 Interessierte kamen zusammen, um die Gegebenheiten vor Ort zu begutachten und einen Vortrag von Prof. Dr. Friedrich Heckmann, einem Anwohner und Genossen, zu hören. Dabei wurden die städtebaulichen, ökologischen und sozialen Aspekte des Vorhabens umfassend beleuchtet.

Das Projekt, das den Abriss eines historischen Gebäudes, die Fällung mehrerer geschützter Bäume, die Versiegelung einer großen Rasenfläche und die Errichtung eines Neubaus mit Tiefgarage vorsieht, wird von vielen Stadtteilbewohnern, Fachleuten und der Heimatpflegerin der Stadt verurteilt. Der SPD-Ortsverein Wöhrd teilt die Sorge, dass damit wertvolle Grünflächen innerhalb der Stadt verloren gehen und der Charakter des Quartiers stark beeinträchtigt wird. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Nürnberg mehr Wohnraum benötigt, weshalb wir uns für eine Lösung einsetzen, die bei Beibehaltung, Sanierung und Erweiterung des Gebäudes Ökologie und Stadtentwicklung miteinander verbindet.

Der Vor-Ort-Termin ist Teil eines neuen Konzepts des Ortsvereins, bei dem wir an jedem dritten Samstag im Monat ein Projekt oder

eine Einrichtung in den Stadtteilen Wöhrd, Marienvorstadt, St. Jobst und Erlenstegen besuchen. Dieses Format ermöglicht es uns, die Herausforderungen vor Ort besser zu verstehen und in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treten.

Wir danken den Anwohnerinnen und Anwohnern, dem Vorstadtverein Wöhrd und seiner Vorsitzenden Brigitte Wellhöfer und dem Bund Naturschutz für ihren engagierten Einsatz.



FROHE FEIERTAGE UND ALLES GLÜCK FÜR 2025

Liebe Leser*innen,
nach dem turbulenten Jahr 2024 möchte ich euch zwei heiße Getränke Rezepte anbieten, um gut ins Neue Jahr und durch den Wahlkampf Winter zu kommen.

Zum Aufwärmen und Entspannen:

Heißen Apfelwein (Ebbelwoi), ein Rezept aus meiner unterfränkischen Heimat.

Rakomelo aus meiner Lieblingsurlaubsregion Griechenland.

Wir haben beide Rezepte in unserem SPD Büro Team probiert,

unser Favorit war der Ebbelwoi.

Chronia Polla!



Zutaten:

- 1 Liter Apfelwein
- 2 Stangen Zimt
- 3 Gewürznelken
- 1 Sternanis
- 1 Bio-Zitrone (Schale) - alternativ 1 EL Zitronensaft
- 60 g brauner Zucker
- Halbe Orangenscheiben zum Garnieren

Heißer Apfelwein

Zunächst den Apfelwein in einen Topf gießen.

Den Topf auf eine Herdplatte stellen und auf mittlere Hitze schalten.

Die restlichen Zutaten zufügen: Zimtstangen, Nelken, Sternanis und geriebene Zitronenschale. Rühre das Getränk mehrfach bei mittlerer Hitze durch. Im nächsten Schritt bei hoher Hitze den Zucker dazugeben, das aromatische Getränk kurz aufkochen lassen und ohne Unterbrechung weiter rühren. Lass deiner Kreativität freien Lauf: Wer mag, kann noch einen Schuss Apfelsaft oder Orangensaft dazugeben. Wer einen höheren Alkoholgehalt möchte, kann einen Schuss Obstler zufügen. Die Hitzezufuhr abschalten. Den fertigen Apfelwein in Gläser abseihen, mit einer dekorativen Orangenscheibe schmücken.

Viel Vergnügen beim winterlich wärmenden Genuss!

Apfelwein kann auch gegen Cidre (niedrigerer Alkoholgehalt) ausgetauscht werden. Als Kinderpunsch ausschließlich mit Apfelsaft herstellen.

Rakomelo

Gib den Raki (Grappa) mit den Gewürzen in einen kleinen Topf. Erhitze sie unter ständigem Rühren bei geringer Hitze.

Sobald kleine Blasen vom Topfboden aufsteigen, solltest du die Herdplatte ausschalten. Der Rakomelo darf nicht kochen, da sonst der Alkohol verdampft. Gib den Honig dazu und lasse den Topf zugedeckt für etwa fünf Minuten stehen, damit sich das Aroma der Gewürze entfaltet.

Seihe die Gewürze ab und der Rakomelo ist fertig zum Verzehr.



Zutaten für 2-3 Portionen:

- 0,5 Liter Raki oder Grappa
- 1 Zimtstange
- 2 Gewürznelken
- 3 Eßlöffel Honig

JAHRES WECHSEL

Viel passiert und noch so nah,
in Ruhe verarbeiten was war.
Freuen auf die rauhen Nächte,
heiße Getränke und gute Mächte.

Schöne Lieder, warme Worte,
tiefe Sehnsucht, ruhige Orte.
Gedanken, die wohlwollend klingen,
Weihnachten friedvoll verbringen.

Das nächste Jahr, was wird werden,
ein Jahr ohne allzu viele Beschwerden?
Herausforderungen gehör'n dazu,
annehmen ohne Lamenti und Tabu.
Gute Lösungen finden baut auf,
lassen wir Ideen freien Lauf.
Hoffnungsvoll ins Neue Jahr,
sozialdemokratisch ist doch klar!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Einladung zur Mitgliederversammlung der SPD Frauen Nürnberg

am Montag, den 13. Januar 2025 um 19:00 Uhr im Wilhelm-Riepekohl-Saal im KBZ

Tagesordnung: 1. Begrüßung – 2. Konstituierung – 3. Vorstellung der OB-Kandidat:innen
4. Nominierung des oder der OB-Kandidat:in – 5. Sonstiges

Geplante Endzeit: ca. 20.30 Uhr

Die Geschäftsstelle ist vom 23. Dezember bis zum 6. Januar geschlossen.

Wir wünschen euch frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2025!

DEZ/JAN
2024
ALLE TERMINE AUF
EINEN BLICK

07.01.25 – 17:00 Uhr
Mieterberatung
Termine unter 911 438960

09.01.2025 – 18:30 Uhr
Veranstaltung zum Thema „Einsamkeit“ in der Begegnungsstätte Marie15 (Jusos, AG 60plus und OV Wöhrd)

14.01.2025 – 19:00 Uhr
SPD Langwasser: Vorstandssitzung

21.01.2025 – 19:00 Uhr
SPD Langwasser: Stadtteilversammlung mit Verkehrsplaner Jülich

14.01.2025 - 19:30 Uhr
SPD-Nordost:
Jahreshauptversammlung mit Wahlen
SIGENA-Plauenstr.7,90491 Nürnberg

21.01.25 – 17:00 Uhr
Mieterberatung
Termine unter 911 438960

21.01.2025 – 19 Uhr
Jahreshauptversammlung OV Wöhrd in der AWO-Begegnungsstätte am Rennweg

24.01.2025 - 18:30 Uhr
SPD-Nordost, Maxfel, Wöhrd:
Gemeinsamer Neujahrsempfang,
mit Gabriela Heinrich MdB und
Dr. Nasser Ahmed
Gemeindehaus Maxfeld,
Berlinerplatz.20, 90489 Nürnberg

25.01.2025 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD Nordost: Infostand
MERCADO - Äußere Bayreutherstr.80,
90491 Nürnberg

31.01.2025 - 15:00 bis 17:00 Uhr
SPD Nordost: Infostand
ZA - RA Markt - Leipzigerplatz 1-3,
90491 Nürnberg

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



www.spd-nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg